

Schriften zum Öffentlichen Recht

Band 243

**Die öffentlich-rechtliche Alterssicherung
der verkammerten freien Berufe**

Von

Dierk Hahn



Duncker & Humblot · Berlin

DIERK HAHN

**Die öffentlich-rechtliche Alterssicherung
der verkammerten freien Berufe**

Schriften zum Öffentlichen Recht

Band 243

Die öffentlich-rechtliche Alterssicherung der verkammerten freien Berufe

Von

Dr. Dierk Hahn



DUNCKER & HUMBLLOT / BERLIN

Diese Arbeit ist vom Deutschen Sozialgerichtsverband e. V.
gefördert worden.

Alle Rechte vorbehalten

© 1974 Duncker & Humblot, Berlin 41

Gedruckt 1974 bei Buchdruckerei A. Sayffaerth - E. L. Krohn, Berlin 61

Printed in Germany

ISBN 3 428 03194 6

Meinen Eltern

Vorwort

Diese Arbeit hat der Juristischen Fakultät der Georg-August-Universität zu Göttingen unter dem Titel „Die Versorgungseinrichtungen der Selbstverwaltungskörperschaften der freien Berufe“ als Dissertation vorgelegen.

Das Manuskript war im August 1972 abgeschlossen. Nachträglich wurden noch das Rentenreformgesetz vom 16.10.1972 i. d. F. des Vierten Rentenversicherungs-Änderungsgesetzes vom 30.3.1973, das Zweite Gesetz zur Änderung des Steuerberatungsgesetzes vom 11.8.1972, das Gesetz zur Änderung des Unterhaltssicherungsgesetzes und des Arbeitsplatzschutzgesetzes vom 8.5.1973 sowie der Facharzt-Beschluß des BVerfG vom 9.5.1972 im Text berücksichtigt.

Auch an dieser Stelle danke ich meinem verehrten Lehrer, Herrn Professor Dr. Werner Weber, der die Arbeit angeregt und betreut hat. Ebenfalls möchte ich hier noch einmal all den Stellen, die mir bei der Materialbeschaffung und durch die Erteilung von Auskünften behilflich waren, meinen Dank aussprechen. Dem Inhaber des Verlages Duncker und Humblot, Herrn Ministerialrat a. D. Dr. J. Broermann, bin ich für die Aufnahme der Arbeit in die Reihe der „Schriften zum Öffentlichen Recht“ zu Dank verpflichtet. Dem Deutschen Sozialgerichtsverband e. V. und seinem Vorstandsvorsitzenden, Herrn Präsidenten des Bundessozialgerichts Professor Dr. Wannagat, danke ich für die Gewährung eines Druckkostenzuschusses.

Göttingen, im September 1973

Dierk Hahn

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	21
A. Der Standort der öffentlich-rechtlichen Alterssicherung der verkammerten freien Berufe im Gesamtsystem der sozialen Sicherung	21
B. Gang der Erörterung	22

Erster Teil

Die gesellschaftlichen Grundlagen der öffentlich-rechtlichen Alterssicherung der verkammerten freien Berufe	24
--	----

Erstes Kapitel

Begriff und Wesen der freien Berufe	24
§ 1 Definitionsversuche im neueren Schrifttum	24
A. Fleischmann	26
B. Deneke	27
C. Kritik	28
§ 2 Der zugrundezulegende Begriff der freien Berufe	29
A. Umfang des Begriffs	29
B. Grenzfälle	30
I. Die Apotheker	30
II. Die Notare	32
§ 3 Die verkammerten freien Berufe im Zahlenbild	33
A. Gesamtzahl der Angehörigen der verkammerten freien Berufe	33
B. Zahl der Berufsangehörigen in selbständiger Stellung	34
C. Zahl der Berufsangehörigen in abhängiger Stellung	35

Zweites Kapitel

Die soziologischen Voraussetzungen der öffentlich-rechtlichen Alterssicherung der freien Berufe		36
§ 1 Die gruppenspezifischen Bedingungen der Alterssicherung der freien Berufe		36
§ 2 Die sozio-politischen Bedingungen der Alterssicherung der freien Berufe		38

Zweiter Teil

Das System der öffentlich-rechtlichen Alterssicherung der verkammerten freien Berufe	41
---	----

Erstes Kapitel

Die Formen der öffentlich-rechtlichen Alterssicherung der verkammerten freien Berufe		41
§ 1 Die berufsständischen Sicherungsformen		41
A. Die Versorgungseinrichtungen		41
I. Die Rechtsnatur der berufsständischen Versorgung		42
1. Einteilung der öffentlichen Sozialleistungen		42
a) Versicherung		42
b) Versorgung		44
c) Fürsorge		46
2. Einordnung der berufsständischen Versorgung		46
a) Die durch Beiträge der Versorgungsberechtigten finan- zierte Versorgung		47
b) Die durch Beiträge Dritter finanzierte Versorgung		49
aa) Wesensmerkmale		49
bb) Beurteilung		50
c) Die durch Beiträge der Versorgungsberechtigten und Dritter finanzierte Versorgung		52
d) Die aus Haushaltsmitteln einer juristischen Person des öffentlichen Rechts finanzierte Versorgung		52
e) Die Versorgung der Alt- und Uraltlast		55
II. Die Organisationsformen der berufsständischen Versorgung....		56
1. Durchführung der Versorgung in Eigenregie der berufs- ständischen Körperschaften		56
2. Durchführung der Versorgung durch besondere Versorgungs- träger		57

a) Öffentlich-rechtliche Versorgungsträger.....	57
aa) Körperschaften	58
bb) Rechtsfähige Anstalten	59
a) Struktur	59
β) Beurteilung der körperschaftlichen Struktur- elemente	62
cc) Teilrechtsfähige Anstalten	66
b) Privatrechtliche Versorgungsträger.....	68
aa) Einzelversicherungsverträge	68
bb) Gruppenversicherungsverträge	68
cc) Rückversicherungsverträge.....	69
B. Die Fürsorgeeinrichtungen	71
§ 2 Die staatlichen Sicherungsformen	72
A. Die bundesgesetzliche Rentenversicherung.....	72
I. Die Versicherungspflicht der verkammerten freien Berufe.....	72
II. Die Versicherungsberechtigung der verkammerten freien Berufe	74
1. Die Rechtslage bis zum Rentenreformgesetz vom 16. 10. 1972	74
a) Die freiwillige Weiterversicherung	74
b) Die freiwillige Höherversicherung	76
2. Die Rechtslage nach dem Rentenreformgesetz vom 16. 10. 1972	76
a) Die Pflichtversicherung auf Antrag.....	77
b) Die Freiwillige Versicherung.....	79
c) Die Stiftung für die Alterssicherung älterer Selbständiger	81
B. Die Sozialhilfe	82
§ 3 Das Verhältnis von bundesgesetzlicher Rentenversicherung und berufs- ständischer Pflichtversorgung	83
A. Allgemeines	83
B. Die Befreiung von der Versicherungspflicht nach § 7 Abs. 2 AVG ..	84
I. Anwendungsbereich der Vorschrift	84
II. Voraussetzungen der Befreiung nach § 7 Abs. 2 AVG	85
1. Formelle Voraussetzungen.....	85
2. Materielle Voraussetzungen	86
a) Öffentlich-rechtliche Versicherungs- oder Versorgungs- einrichtungen	86
b) Berufsgruppe	87
c) Versicherungspflicht aufgrund Gesetzes	89
III. Wirkungen der Befreiung nach § 7 Abs. 2 AVG.....	89
1. Der sachliche Geltungsbereich der Befreiung	90
2. Der zeitliche Geltungsbereich der Befreiung	90
3. Beitragsrechtliche Wirkungen der Befreiung	91
a) Beitragserstattung	91
b) Arbeitgeberbeiträge	92

c) Nachversicherung	93
aa) Nachversicherung von Beamten	93
bb) Beitragserstattung für Zeiten der Erfüllung öffentlich-rechtlicher Dienst- und Leistungspflichten	94

Zweites Kapitel

Die Verwendung der berufsständischen und staatlichen Sicherungsformen in den einzelnen Berufsständen 96

§ 1 Die Alterssicherung der Heilberufe	96
A. Die Ärzte, Zahnärzte und Tierärzte	96
I. Die Ärzte	96
1. Die Ärzteversorgung vor dem Inkrafttreten der Heilberufskammergesetze der Länder	96
2. Die Ärzteversorgung unter den Heilberufskammergesetzen der Länder	98
II. Die Zahnärzte	99
III. Die Tierärzte	100
B. Die Kassenärzte und Kassenzahnärzte	101
I. Bestrebungen zur Regelung der Alterssicherung auf Bundesebene	101
1. Der Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Regelung des Kassenarztrechts von 1952/1953	101
2. Das Gesetz über das Kassenarztrecht von 1955	102
II. Landesrechtliche Regelungen der Alterssicherung	104
C. Die Apotheker	106
§ 2 Die Alterssicherung der rechts- und wirtschaftsberatenden Berufe ...	110
A. Die Rechtsanwälte, Notare und Patentanwälte	110
I. Die Rechtsanwälte	110
1. Die Alterssicherung auf Bundesebene	110
a) Die Alterssicherung nach der BRAO	110
b) Die Alterssicherung nach dem Entwurf eines Rechtsanwaltsversicherungsgesetzes — RAVG —	111
c) Die Alterssicherung nach dem Angestelltenversicherungsgesetz	112
2. Die Alterssicherung auf Landesebene	114
a) Versorgungseinrichtungen	114
b) Fürsorgeeinrichtungen	115
II. Die Notare	116
1. Die Alterssicherung nach der BNotO	116
2. Die bestehenden Alterssicherungseinrichtungen	117
a) Berufsständische Einrichtungen	117
b) Staatliche Einrichtungen	119
III. Die Patentanwälte	120

B. Die Steuerberater und Steuerbevollmächtigten.....	121
I. Die Alterssicherung durch berufsständische Versorgungseinrichtungen	121
II. Die Alterssicherung durch die Angestelltenversicherung und durch sonstige Versorgungsformen	122
C. Die Wirtschaftsprüfer	123
§ 3 Die Alterssicherung der Architekten	124
§ 4 Die Alterssicherung der Seelotsen der Reviere	126
A. Geschichtliche Entwicklung der Alterssicherung der Seelotsen bis zum Inkrafttreten des SLG	126
B. Die Alterssicherung der Seelotsen nach dem SLG	128
I. Die gesetzliche Regelung	128
1. Allgemeiner Überblick	128
2. Gewährleistungspflicht des Bundes	129
II. Das Versorgungssystem bis zum 31. 12. 1969	132
1. Die Pflichtversorgung	132
2. Die freiwillige Versorgung	134
III. Das Versorgungssystem seit dem 1. 1. 1970	135
1. Die Neuordnung der Versorgung	135
2. Die Angestelltenversicherung	137
a) Versicherungspflicht	137
b) Nachversicherung	137
3. Die Gemeinsame Ausgleichskasse	138
a) Funktion	138
b) Struktur	139
aa) Trägerschaft	139
bb) Organe und Verwaltung	142
cc) Aufbringung und Verwendung der Mittel	142
dd) Ausgleichsleistungen	143
4. Die brüderschaftsinternen Ausgleichskassen	144
5. Die Zusatzversorgung	146

Dritter Teil

**Die Alterssicherung der verkammerten
freien Berufe durch ihre berufsständischen
Selbstverwaltungskörperschaften**

148

Erstes Kapitel

**Die Alterssicherung als Aufgabe der
berufsständischen Selbstverwaltung**

148

§ 1 Begriff und Wesen der berufsständischen Selbstverwaltung	148
§ 2 Die Zuständigkeit der berufsständischen Körperschaften zur Durchführung von Versorgungsmaßnahmen	150
A. Die Versorgungsaufgabe als Einzelzuständigkeit der Kammern	150

B. Die Versorgungsaufgabe als Bestandteil der Allgemeinzuständigkeit der Kammern	152
--	-----

Zweites Kapitel

Die innere Struktur der Versorgungseinrichtungen der berufsständischen Körperschaften	154
--	------------

§ 1 Das Versorgungsverhältnis	155
A. Die Ausgestaltung des Versorgungsverhältnisses.....	155
I. Die Pflichtmitgliedschaft	156
1. Voraussetzungen	156
2. Ausnahmen und Befreiungen	157
a) Allgemeines	157
b) Ausnahme- und Befreiungsgründe	158
II. Die freiwillige Mitgliedschaft.....	159
III. Die Mitgliedschaft der Zusatzversorgung	161
IV. Die Mitgliedschaft bei mehreren Versorgungseinrichtungen ..	162
V. Die Überleitung der Mitgliedschaft	163
B. Die Rechtsnatur des Versorgungsverhältnisses.....	165
I. Die Pflichtversorgung	165
II. Die freiwillige Versorgung	165
III. Die Zusatzversorgung	166
§ 2 Die Versorgungsleistungen.....	167
A. Die Leistungsarten.....	167
I. Haupt- und Nebenleistungen.....	167
II. Anspruchsleistungen.....	169
III. Ermessensleistungen.....	170
B. Die Leistungsvoraussetzungen	172
I. Allgemeine Voraussetzungen	172
1. Die Versorgungsfälle	172
a) Das Alter	172
aa) Die allgemeine Altersrente	172
bb) Die vorgezogene und hinausgeschobene Altersrente	175
b) Die Berufsunfähigkeit	176
c) Der Tod	177
2. Die Wartezeit	178
II. Besondere Voraussetzungen	180
1. Die Altersrente	180
2. Die Berufsunfähigkeitsrente	181
3. Die Hinterbliebenenrenten	182
a) Die Witwenrente	182
b) Die Witwerrente	185
c) Die Waisenrenten	185
C. Die Leistungshöhe	186

§ 3 Die Aufbringung und Verwendung der Mittel.....	189
A. Die Aufbringung der Mittel.....	189
I. Die Beitragshöhe	189
II. Das Beitragsverfahren	191
B. Die Verwendung der Mittel.....	192
§ 4 Die innere Organisation der Versorgungseinrichtungen	192

Drittes Kapitel

**Die Verfassungsmäßigkeit der Versorgungseinrichtungen
der berufsständischen Körperschaften**

§ 1 Die Gesetzgebungskompetenz des Bundes und der Länder zur Schaffung von Versorgungseinrichtungen	195
A. Die Kompetenz zur Regelung des Berufs- und Standesrechts nach Art. 74 Ziff. 1, 11, 19 und 21 GG	196
I. Die Grundlagen der Regelungsbefugnis	196
1. Die Heilberufe	196
2. Die rechts- und steuerberatenden Berufe	197
3. Die Wirtschaftsprüfer und Architekten	197
4. Die Seelotsen	199
II. Der Umfang der Regelungsbefugnis	199
B. Die Kompetenz zur Regelung des Rechts der öffentlichen Fürsorge nach Art. 74 Ziff. 7 GG	202
C. Die Kompetenz zur Regelung des privatrechtlichen Versicherungswesens nach Art. 74 Ziff. 11 GG	203
I. Der Begriff des privatrechtlichen Versicherungswesens	204
1. Die Auslegung durch das BAG	205
II. Zuordnung der Versorgungseinrichtungen	206
1. Zwangs- und Monopolanstalten.....	206
2. Wettbewerbsanstalten	207
D. Die Kompetenz zur Regelung des Rechts der Sozialversicherung nach Art. 74 Ziff. 12 GG	209
I. Der Begriff der Sozialversicherung.....	210
II. Zuordnung der Versorgungseinrichtungen	212
E. Ergebnis	214
§ 2 Die Vereinbarkeit der Pflichtversorgung mit dem Grundgesetz.....	215
A. Die Verletzung von Freiheitsrechten	216
I. Art. 2 Abs. 1 GG	216
II. Art. 9 Abs. 1 GG	217
III. Art. 12 Abs. 1 GG	217
IV. Art. 14 Abs. 1 GG	218
B. Die Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes.....	218

§ 3 Die Zulässigkeit der Durchführung der Pflichtversorgung durch die Berufskammern	219
A. Die verfassungsrechtlichen Grenzen der Wahrnehmungszuständigkeit der Berufskammern	219
B. Die verfassungsrechtlichen Grenzen der Satzungsgewalt (Autonomie) der Berufskammern	222
I. Die Zulässigkeit der Verleihung von Autonomie	222
II. Die Grenzen der Verleihung von Autonomie	224
1. Rechtsstaatliche Schranken	224
a) Die Zulässigkeit von Grundrechtseinschränkungen durch Satzung	224
b) Die Anforderungen an die Rechtsform der Satzungsermächtigungen	227
aa) Rechtsquellencharakter der Satzungsermächtigungen	227
bb) Allgemeine Ermächtigungen und Sonderermächtigungen	228
cc) Ausdrückliche und stillschweigende Ermächtigungen	228
c) Die Anforderungen an die Bestimmtheit der Satzungsermächtigungen	229
aa) Die Anwendbarkeit von Art. 80 Abs. 1 S. 2 GG	231
bb) Die Struktur der Autonomie	232
cc) Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Prinzip der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung ..	236
2. Bundesstaatliche Schranken	237
a) Verleihung von Satzungsermächtigungen an auf Bundesrecht beruhende Landeskörperschaften durch den Landesgesetzgeber	238
b) Verleihung von Satzungsermächtigungen an auf Landesrecht beruhende Landeskörperschaften durch den Bundesgesetzgeber	240
III. Die Grenzen der Ausübung der Autonomie	241

Viertes Kapitel

Die staatliche Aufsicht über die Versorgungseinrichtungen der berufsständischen Körperschaften 243

§ 1 Die allgemeine Körperschaftsaufsicht	243
A. Wesen und Rechtsgrundlagen	243
B. Aufsichtsbehörden	245
C. Allgemeine Aufsichtsmittel	246
D. Genehmigungsvorbehalte	248
§ 2 Die Versicherungsaufsicht	252
A. Die Aufsicht nach dem BVAG	252

B. Die Aufsicht nach dem VAG	253
I. Wesen und Rechtsgrundlagen	253
1. Funktion und Gegenstand der Versicherungsaufsicht	253
2. Fortgeltung vorkonstitutionellen Aufsichtsrechts	255
II. Voraussetzungen der Aufsichtspflichtigkeit	257
1. Begriff des aufsichtspflichtigen Versicherungsunternehmens 258	
a) Merkmale des aufsichtspflichtigen Versicherungsunternehmens	258
b) Abgrenzung des aufsichtspflichtigen Versicherungsunternehmens von verwandten Erscheinungen	259
aa) Unterstützungseinrichtungen	260
bb) Selbstversicherungsunternehmen	260
2. Rechtsform des aufsichtspflichtigen Versicherungsunternehmens	261
a) Privatunternehmen	261
b) Öffentlich-rechtliche Versicherungsunternehmen	262
III. Die Aufsichtsbehörden	264
1. Verteilung der Aufsichtszuständigkeiten nach dem BAG	264
2. Zuständigkeit für die Beaufsichtigung der berufsständischen Versorgungseinrichtungen	265
IV. Umfang der Aufsicht	266
1. Abgrenzung von Dienst- und Fachaufsicht	266
2. Inhalt der Fachaufsicht	269
V. Aufsichtsmittel	270

Fünftes Kapitel

Der Rechtsweg bei Versorgungstreitigkeiten	273
---	------------

Anhang

Übersicht über die zur Zeit bestehenden Versorgungseinrichtungen der freien Berufe und ihre Rechtsgrundlagen	276
---	------------

Literaturverzeichnis	288
-----------------------------	------------

Abkürzungsverzeichnis

AN	Amtliche Nachrichten für Reichsversicherung
AnVNG	Angestelltenversicherungs-Neuregelungsgesetz
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
ArchKommWiss.	Archiv für Kommunalwissenschaft
AVG	Angestelltenversicherungsgesetz
BAG	Gesetz über die Errichtung eines Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungs- und Bausparwesen
BArbBl.	Bundesarbeitsblatt
BAV	Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen
BayArchG	Bayerisches Architektengesetz
BayVerfGH	Verfassungsgerichtshof für den Freistaat Bayern
BayVersG	Bayerisches Gesetz über das öffentliche Versicherungswesen
BB	Der Betriebsberater (Zeitschrift)
BG	Die Berufsgenossenschaft (Zeitschrift)
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BR	Bundesrat
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BRRG	Beamtenrechtsrahmengesetz
BSG	Bundessozialgericht
BSGE	Entscheidungen des Bundessozialgerichts
BT	Bundestag
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
DApothZ	Deutsche Apothekerzeitung
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
DOK	Die Ortskrankenkasse (Zeitschrift)
DöH	Der öffentliche Haushalt (Zeitschrift)
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung (Zeitschrift)
DStZ, Ausg. A	Deutsche Steuer-Zeitung, Ausgabe A
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
DVZ	Deutsche Versicherungszeitschrift
EGAktG	Einführungsgesetz zum Aktiengesetz
EvStL	Evangelisches Staatslexikon, hrsg. von Hermann Kunst und Siegfried Grundmann, Stuttgart und Berlin 1966
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
GG	Grundgesetz
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
HansRGZ, Abt. A	Hanseatische Rechts- und Gerichtszeitung, Abteilung A
HdbDStR	Handbuch des Deutschen Staatsrechts, hrsg. von G. Anschütz und R. Thoma, 2 Bde., Tübingen 1930/1932
HdSW	Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, hrsg. von E. v. Beckerath u. a., 13 Bde., Stuttgart — Tübingen — Göttingen 1956/1968

Hippel - Rehborn	Gesetze des Landes Nordrhein-Westfalen, Textsammlung mit Verweisungen und Sachverzeichnis, hrsg. von Ernst von Hippel und Helmut Rehborn, München und Berlin 1962
HS	Halbsatz
HZV	Hessische Zahnärzteversorgung
JA	Juristische Arbeitsblätter
JZ	Juristenzeitung
KnVNG	Knappschaftsrentenversicherungs-Neuregelungsgesetz
LSG	Landessozialgericht
LT	Landtag
Nds., nds.	Niedersachsen, niedersächsisch
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
OLG	Oberlandesgericht
OVG	Oberverwaltungsgericht
OVGE	Entscheidungen der Oberverwaltungsgerichte für das Land Nordrhein-Westfalen in Münster sowie für die Länder Niedersachsen und Schleswig-Holstein in Lüneburg
Prot.	Protokoll
RGA	Rechtsgutachten
RKnG (RKG)	Reichsknappschaftsgesetz
RVO	Reichsversicherungsordnung
RWMBL.	Ministerialblatt des Reichswirtschaftsministeriums
SaBl.	Sammelblatt für Rechtsvorschriften des Bundes und der Länder (seit 1950)
Sartorius	Verfassungs- und Verwaltungsgesetze der Bundesrepublik (Sartorius I), Textausgabe, begründet von Carl Sartorius, (Loseblatt), 29. Aufl., München
SchlhAnz.	Schleswig-Holsteinische Anzeigen
Schönfelder	Deutsche Gesetze, Sammlung des Zivil-, Straf- und Verfahrensrechts, begründet von Heinrich Schönfelder (Loseblatt), München
SF	Sozialer Fortschritt (Zeitschrift)
SG	Sozialgericht
SGb.	Die Sozialgerichtsbarkeit (Zeitschrift)
SozR	Sozialrecht, Rechtsprechung und Schrifttum, bearbeitet von den Richtern des Bundessozialgerichts
SV	Die Sozialversicherung (Zeitschrift)
SZ	Süddeutsche Zeitung
VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz
VerBAV	Veröffentlichungen des Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungswesen
VersR	Versicherungsrecht (Zeitschrift)
VerwArch.	Verwaltungsarchiv
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer (seit 1924)
VW	Versicherungswirtschaft (Zeitschrift)
VZN	Versorgungswerk der Zahnärztekammer Nordrhein
Weber I, II	Niedersächsisches Landesrecht, Textausgabe mit Verweisungen und Sachverzeichnis (Losebl.), hrsg. von Werner Weber, 2 Bde., 3. Aufl., Göttingen 1971
WP	Wahlperiode
ZSR	Zeitschrift für Sozialreform
ZVersW	Zeitschrift für Versicherungswissenschaft

Einleitung

A. Der Standort der öffentlich-rechtlichen Alterssicherung der verkammerten freien Berufe im Gesamtsystem der sozialen Sicherung

Die soziale Sicherung in Deutschland ist in ihrer gegenwärtigen Gestalt¹ das Ergebnis einer achtzigjährigen Geschichte, an deren Anfang die Bismarcksche Sozialversicherungsgesetzgebung steht. Diese war der „erste große und beispielhafte“ (*Forsthoff*) Schritt im Übergang vom bürgerlichen Rechtsstaat zum modernen Sozialstaat², und sie stellt noch heute das Kernstück und — neben der Sozialversorgung und Sozialhilfe — eine institutionelle Grundform des Systems der sozialen Sicherung in der BRD dar³.

Seit der Begründung der Sozialversicherung (1881-1889) hat das System der sozialen Sicherung jedoch tiefgreifende Änderungen erfahren, die zugleich Teilausdruck der Wandlungen sind, die sich in der Struktur von Wirtschaft und Gesellschaft vollzogen haben⁴. Die klassische „strukturerhaltende Sozialpolitik“⁵, die für das kaiserliche Deutschland noch kennzeichnend ist, hat sich unter dem Einfluß des Strebens breiter Volksschichten nach sozialer Sicherheit zur „strukturgestaltenden Gesellschaftspolitik“⁶ gewandelt. Beschränkte sich die klassische Sozialpolitik darauf, begrenzten, materiell notleidenden Volksschichten zu helfen, so umfaßt die Sozialpolitik heute praktisch die gesamte Bevölkerung⁷ und setzt eine materiell gesicherte Gesellschaft voraus, die allein noch um ihren Lebensstil ringt⁸.

Die Sozialversicherung verfolgte zur Zeit ihrer Entstehung den Schutz der in abhängiger Arbeit Stehenden und bezog allenfalls kleinere, in ihrer wirtschaftlichen und sozialen Stellung den Abhängigen gleichzustellende Selbständige ein. Über diese begrenzte Zielsetzung ist die soziale Sicherung in den letzten Jahrzehnten hinausgegangen.

¹ Vgl. *Jantz*, S. 15 ff.

² *Forsthoff*, Verfassungsgeschichte, S. 162.

³ Vgl. *Wolff*, VerwR § 139.

⁴ *Jantz*, S. 15; *Preller*, S. 1 ff.

⁵ *Preller*, S. 1 f.

⁶ *Preller*, S. 2.

⁷ Neugestaltung, S. 10.

⁸ *Schreiber*, Sozialpolitik in einer freien Welt, zit. nach Neugestaltung, S. 11.

So haben sich neben dem traditionellen Alterssicherungssystem der Arbeitnehmer, das sich in die Zweige der Arbeiterrentenversicherung, der Angestelltenversicherung und der Knappschaftlichen Rentenversicherung gliedert, besondere öffentlich-rechtliche Sicherungsformen für die Selbständigen und die freien Berufe entwickelt. Für selbständig Erwerbstätige bestehen besondere gesetzliche Versicherungen in der Handwerkerversicherung⁹ und in der Altershilfe für Landwirte¹⁰. Bei den freien Berufen hat das Sicherungsbedürfnis zu einem nur schwer überschaubaren Wildwuchs von Sicherungseinrichtungen geführt. Unter diesen kommt wiederum den kollektiven Pflichteinrichtungen der Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversorgung, die von den Selbstverwaltungskörperschaften der kammerfähigen freien Berufe getragen werden, eine besondere Bedeutung zu.

B. Gang der Erörterung

Die Versorgungseinrichtungen der berufsständischen Körperschaften haben bisher indessen keine umfassende Darstellung erfahren. Sie sind lediglich unter Einzelgesichtspunkten behandelt worden, wobei im rechtswissenschaftlichen Schrifttum die Problematik ihrer grundsätzlichen verfassungsrechtlichen Zulässigkeit im Vordergrund stand. Diese Frage ist jedoch inzwischen durch zwei Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichts¹¹ in positivem Sinne entschieden worden. Sie wird daher von der vorliegenden Arbeit nicht erneut aufgegriffen werden. Diese will vielmehr versuchen, die Formen der von den Berufskammern durchgeführten Altersversorgung systematisch darzustellen. Diese Absicht verbietet es, die Betrachtung auf die Versorgungseinrichtungen der Körperschaften zu beschränken. Es werden im Gegenteil auch die Querverbindungen zu anderen Einrichtungen aufgezeigt werden müssen, die ebenfalls der Versorgung der verkammerten freien Berufe dienen.

Dementsprechend gliedert sich die folgende Erörterung in drei Teile. Zunächst werden die gesellschaftlichen Grundlagen der öffentlich-rechtlichen Alterssicherung der verkammerten freien Berufe entfaltet (Erster Teil). Sodann wird die Stellung der Versorgungseinrichtungen der berufsständischen Körperschaften im System der öffentlich-rechtlichen Alterssicherung dieser Berufe dargestellt (Zweiter Teil). Dabei

⁹ Handwerkerversicherungsgesetz vom 8. 9. 1960 (BGBl. III - 8250 - 1), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. 9. 1969 (BGBl. I, S. 1634); Schornsteinfegergesetz vom 15. 9. 1969 (BGBl. I, S. 1634).

¹⁰ Gesetz über eine Altershilfe für Landwirte vom 27. 7. 1957 i. d. F. vom 14. 9. 1965 (BGBl. I, S. 1017).

¹¹ Vgl. BVerfGE 10, 354; 12, 319.

wird einmal das Wesen der einzelnen Sicherungsformen (Zweiter Teil, 1. Kapitel) und zum anderen ihre Verwendung in den einzelnen Berufsständen (Zweiter Teil, 2. Kapitel) erörtert werden. Schließlich ist die Alterssicherung der verkammerten freien Berufe unter dem Gesichtspunkt einer Aufgabe der körperschaftlichen Selbstverwaltung zu behandeln (Dritter Teil).